

Liebe Regensburgerinnen und Regensburger, liebe Mitdemonstranten,

Ich freue mich, dass Ihr Euch heute hier so zahlreich eingefunden habt und durch Euer Kommen ein deutliches Zeichen setzt dafür, dass Ihr mit dem Verhalten der Staatsanwaltschaft im Falle Tennessee Eisenberg nicht einverstanden seid!

Genau ein Jahr ist seit den tödlichen Schüssen im Steinweg vergangen – der Bayerische Landtag hat sich mit der Angelegenheit beschäftigt, die Bayerische Justizministerin Frau Merk hat gründliche Ermittlungen versprochen, der Bayerische Innenminister, Herr Herrmann, hat festgestellt, dass hier nichts vertuscht werden dürfe und Frau Leutheusser-Schnarrenberger hat sogar eine Nachbearbeitung dieses Falles angekündigt.

Das alles haben die Politiker uns öffentlich zugesichert! Und was ist passiert? Die Staatsanwaltschaft weigert sich, Anklage zu erheben und die Generalstaatsanwaltschaft erklärt das für rechtens – und die Politiker, die uns rückhaltlose Aufklärung versprochen haben, lehnen sich bequem zurück und erklären die Sache damit für erledigt!

Mit keinem Wort gehen sie auf die Vorwürfe der Anwälte ein, dass entscheidende, belastende Hinweise nicht nur zunächst bei der Spurensicherung ignoriert wurden, sondern später auch noch bei der Bewertung durch die Ermittlungsbehörden. Uns wird Gründlichkeit und Neutralität versprochen, gehandelt wird aber ganz anders! Wer sich so verhält, der braucht sich nicht beschweren, wenn er am Nockherberg derbleckt wird, Herr Herrmann! Wir lassen uns nicht für dumm verkaufen! Und deshalb stehen wir heute hier!

Frau Leutheusser-Schnarrenberger beklagte erst vor kurzem, dass die Strukturen der katholischen Kirche es möglich gemacht hätten, dass über Jahrzehnte hinweg Kinder und Jugendliche missbraucht werden konnten, ohne dass den

Verantwortlichen strafrechtliche Konsequenzen gedroht hätten. Interessanterweise scheint Frau Leutheusser-Schnarrenberger zu übersehen, dass Gesetzesübertretungen innerhalb der deutschen Strafverfolgungsbehörden aufgrund ganz ähnlicher Strukturen bisher ebenfalls nur intern geklärt werden – und wie der Fall Eisenberg und zahlreiche andere Fälle zeigen, werden solche Verfahren deshalb dann sehr oft einfach eingestellt. Wieso fordert die Bundesjustizministerin hier keine externen Ermittlungen? Es gibt – zurecht – einen Aufschrei, wenn Straftaten von Geistlichen nur durch Bischöfe, nicht aber von Ermittlern, die außerhalb der Kirche stehen, untersucht werden. Aber Vollzugsbeamte des Staates dürfen nach wie vor in unserem Land gegen ihre eigenen Kollegen ermitteln, ohne dass es eine außenstehende Kontrollinstanz gibt! Wo bleibt hier Ihr Aufschrei, Frau Bundesjustizministerin? Wieso messen Sie hier mit zweierlei Maß, wieso erklären Sie der Katholischen Kirche, dass sie derartige Vorfälle nicht alleine intern regeln dürfe, während das im deutschen Justizapparat – für den Sie zuständig sind – aber genau so passiert? Warum erheben Sie, Frau Leutheusser-Schnarrenberger, nicht auch hier ihre Stimme – so wie es der Menschenrechtskommissar des Europarates bereits getan hat? Wir stehen hier, weil wir der Überzeugung sind, dass es auch andere Organe als die katholische Kirche gibt, die strafrechtliche Belange nicht einfach intern klären dürfen! Und dazu zählen auch unsere Freunde und Helfer!

Ich habe den Eindruck, dass viele Menschen unsere Forderungen leider immer noch missverstehen als eine grundsätzlich polizeifeindliche Haltung. Mit diesem Missverständnis möchte ich hier einmal gründlich aufräumen: Wir brauchen die Polizei! Und wir brauchen auch das Gewaltmonopol des Staates! Aber vor allem brauchen wir eine Polizei, der wir vertrauen können! Denn wenn dieses Vertrauen fehlt, das Vertrauen der Bevölkerung in ihre Polizei, dann ist der öffentliche Friede gefährdet! Und das wollen wir nicht!

Wie aber stellt man Vertrauen her? Vertrauen stellt man nicht her, indem man schwerwiegende Vorfälle wie Tennesseees Tod intern regelt! Man stellt es nicht dadurch her, dass man hunderte Demonstranten – so wie im letzten November – hunderte Demonstranten, die eine unabhängige Aufklärung fordern, einfach mit den Worten abspeist, es gäbe keinen Anlass zur Skepsis! Frau Landesjustizministerin Merk, SO fühlen wir uns von Ihnen nicht ernstgenommen! Und wir werden auf die Straße gehen, BIS Sie endlich anfangen, uns ernst zu nehmen! Wenn selbst im US-amerikanischen Human Rights Watch Bericht der Fall Eisenberg als möglicher Verstoß gegen die Menschenrechte aufgelistet wird, dann Frau Merk, dann werden Sie uns doch wohl gestatten, sehr wohl einen Anlass zur Skepsis zu sehen – erschreckend genug, dass Sie das schon leider selbst nicht tun! Denn als Leiterin der Aufsichtsbehörde über die Staatsanwaltschaften in diesem Land wäre es eigentlich von Amts wegen IHRE Aufgabe, Skepsis walten zu lassen. Vielleicht möchten Sie uns ja einmal erklären, wieso wir hier heute eigentlich Ihren Job übernehmen müssen!

Liebe Polizisten, wir danken Ihnen, dass Sie unseren Demonstrationzug heute begleiten, dass Sie den Verkehr heute für uns regeln. Wir schätzen Ihre Arbeit und wir wissen, ja, wir wissen, dass Ihre Arbeit oftmals keine leichte Arbeit ist und manchmal auch sehr gefährlich. Deshalb sind Sie von unserem Staat mit besonderen Befugnissen ausgestattet worden – beispielsweise die Erlaubnis, eine Dienstwaffe zu führen – Befugnisse, die andere Menschen mit gutem Grund nicht haben. Ebenso haben andere Menschen in anderen verantwortungsvollen Berufen besondere Befugnisse: nur ausgebildete Ärzte dürfen Medikamente verschreiben und nur ausgebildete Piloten dürfen ein Flugzeug fliegen. Das Leben von Menschen liegt in der Hand von Piloten, von Ärzten und auch von Polizisten. Diese außergewöhnliche Verantwortung und diese außergewöhnlichen Befugnisse bedürfen auch eines außergewöhnlichen Vertrauens, das sich in jedem dieser Berufe täglich auf's Neue verdient werden

muss. Und wenn – aus welchen Gründen auch immer, sei es aus Unachtsamkeit, aus Überforderung, aufgrund einer Fehleinschätzung, aus welchem Grund auch immer – wenn aus irgendeinem Grund einmal etwas schief läuft und ein Mensch deshalb sein Leben verliert, dann ist es völlig natürlich, dass darunter Vertrauen leidet. Aber dieses Vertrauen kann man heilen, kann man wiederherstellen: aber nicht, indem der Arzt, der bei der Operation gefuscht hat, von seinen Kollegen und Vorgesetzten gedeckt wird! Nicht, indem der Pater, der Kinder misshandelt, nur an eine andere Schule versetzt wird! Und nicht, indem die Staatsanwaltschaft trotz unzähliger Widersprüche und Zweifel die Akte Eisenberg einfach für geschlossen erklärt! Die katholische Kirche macht derzeit die schmerzliche Erfahrung, wie schlimm der Vertrauensschaden durch jahrzehntelange INTERNE Aufarbeitung von Problemfällen sein kann. Unzählige, unbescholtene und vorbildliche Geistliche müssen heute unter dem Rufschaden leiden, den das Fehlverhalten einiger weniger verursacht hat. Erst jetzt hat die falsch verstandene Solidarität der Entscheidungsträger in der Kirche ein Ende gefunden, erst jetzt folgt die Öffnung für externe Ermittler, erst jetzt arbeitet man mit der Polizei und den Staatsanwaltschaften umfassend zusammen. Ein unabdingbarer Schritt bei der Wiederherstellung von Vertrauen – und überfällig für diejenigen Geistlichen, die momentan zu Unrecht unter dem Rufschaden leiden, den ihre Vorgesetzten durch jahrelange Vertuschung verursacht haben.

Wir wollen auch Ihnen wieder vertrauen können, liebe Polizistinnen und Polizisten, aber die Staatsanwaltschaft hat sich leider nicht für den Weg der Aufklärung vor Gericht entschieden, der uns das in Zukunft wieder ermöglicht hätte!

Einige Kritiker werfen uns vor, es sei doch gar keine weitere unabhängige Kontrollinstanz vonnöten, denn schließlich würde doch die Möglichkeit bestehen, Fälle wie den Tod von Tennessee Eisenberg vor ein unabhängiges

Gericht zu bringen, denn es gebe doch die Möglichkeit eines Klageerzwingungsverfahrens, eine Möglichkeit, die gegenwärtig ja auch von der Familie Eisenberg genutzt wird. Zu solcher Kritik an unserem Protest kann ich nur erwidern: Angesichts der mehreren zehntausend Euro, die die Familie Eisenberg allein bis heute – und dabei ist das Klageerzwingungsverfahren noch gar nicht eröffnet – angesichts dieser Unsummen, die die Familie Eisenberg bislang aus eigener Tasche vorstrecken musste, um Anwälte und Gutachter zu bezahlen, angesichts dieser unverhältnismäßig hohen Hürden, die sich nicht zuletzt darin zeigen, dass ein erfolgreiches Klageerzwingungsverfahren eine ausgesprochene Rarität vor deutschen Gerichten ist, angesichts dieser hohen Hürden, die zu überwinden sind, bevor sich eine unabhängige Instanz mit dem Fall befasst, angesichts dessen ist es doch ein Zeichen abgrundtiefer Naivität davon zu sprechen, dass bereits heute ausreichende Möglichkeiten bestünden, eine unabhängige Kontrollinstanz einzuschalten. Es kann doch nicht sein, dass es von der Größe des Geldbeutels des Opfers abhängen soll, ob eine Angelegenheit neutral untersucht wird oder nicht!

Das Bayerische Justizministerium ist die weisungsbefugte Aufsichtsbehörde über die Bayerischen Staatsanwaltschaften und Generalstaatsanwaltschaften. Die Einstellung des Ermittlungsverfahrens muss also trotz der von uns seit Monaten laut vorgetragenen Kritik von Justizministerin Merk gebilligt worden sein. Es scheint daher, dass die Kontrollorgane, die unser Staat besitzt, eben nicht ausreichen. Viele andere Staaten sind da weiter als wir. In England, Frankreich, Österreich, Australien, in den Niederlanden und Argentinien, in Portugal und Südafrika und in vielen anderen Ländern gibt es unterschiedliche Modelle einer zivilen Aufsicht über Gesetzesvollzugsorgane. Wir haben in Deutschland zwar einen Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages – und nicht zuletzt der Missbrauchsskandal von Mittenwald zeigt, wie wichtig ein solches Organ ist – aber wir haben in Deutschland keine unabhängige und mit

Handlungsbefugnissen ausgestattete Instanz, an die man sich mit einer Beschwerde wenden kann, wenn man das Gefühl hat, es sei einem durch einen Polizisten Unrecht geschehen. In so einem Fall muss man sich absurderweise an die Polizei bzw. die Staatsanwaltschaft wenden. Menschenrechtler fordern daher schon seit Jahren eine unabhängige Aufsicht über die Polizei auch in Deutschland – und der Fall Eisenberg zeigt auf tragische Weise erneut, wie dringend wir eine solche Instanz benötigen! In Richtung des Bayerischen Landtags und unserer Regierung kann ich daher nur sagen: wenn Euch das Vertrauen Eurer Bürger etwas wert ist, dann nehmt Eure Bürger endlich ernst! Und dass wir von Ihnen, Frau Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger, mehr Einsatz bei der Einrichtung einer solchen unabhängigen Aufsichtsbehörde erwarten, haben wir in einem offenen Brief bereits deutlich gemacht. Frau Landesjustizministerin Merk: Ihr Verhalten und Versagen in diesem Fall zeigt uns, dass wir von Ihnen gar nichts mehr zu erwarten haben und daher nur eines fordern können – Ihren Rücktritt.

Ich danke Ihnen!

Ich erkläre hiermit die Versammlung für beendet.